

Beschluss WIRKSAME MASSNAHMEN GEGEN HASS, HETZE UND ONLINE-SUCHT

Gremium: KV Wilhelmshaven
Beschlussdatum: 29.09.2023
Tagesordnungspunkt: 10. weitere Anträge

Antragstext

853 Der öffentliche Diskurs wird zunehmend von Polarisierung und Hetze geprägt. Die
854 Verbreitung von Fake-News und Verschwörungstheorien online nehmen zu und werden
855 von immer mehr Menschen geglaubt.

856 Die bisherigen Rechtsgrundlagen zur Haftung von Plattformbetreibern sind nicht
857 durchsetzungsstark und können Betroffene von Hass und Hetze nicht effektiv
858 schützen.

859 Fehlende Moderation und schwache Kontrollen führen dazu, dass Hetze und Lügen
860 sehr lange online bleiben und manchmal überhaupt nicht gelöscht werden. Fake-
861 Profile dürfen aktiv bleiben, weil eine hohe User*innen-Anzahl gut für den
862 Aktienpreis ist.

863 Wir fordern unsere gewählten Vertreter*innen in Berlin und Brüssel dazu auf,
864 wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um unsere Demokratie vor Hass und Hetze zu
865 schützen. Und wir fordern unseren Landesvorstand und unsere Landtagsfraktion
866 dazu auf, diese Maßnahmen zu unterstützen.

867 Die Forschung zeigt immer deutlicher, dass Social Media zu Depression, Sucht und
868 anderen psychischen Problemen führen, vor allem unter Jugendlichen. Die
869 Algorithmen haben das Ziel, die User*innen möglichst lange vor dem Bildschirm zu
870 halten. Sie ziehen polarisierende Inhalte vor, weil diese stärkere Reaktionen
871 hervorrufen.

872 Apps zu installieren und sich Zugang zu Webseiten zu verschaffen, die nur ab 16
873 oder 18 Jahren freigegeben sind, ist buchstäblich kinderleicht. Es fehlen
874 effektive Kontrollen und ausreichende Moderation.

875 Wir fordern unsere gewählten Vertreter*innen in Berlin und Brüssel dazu auf,
876 wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um die digitale Welt für unsere Jugend sicherer
877 zu gestalten und sie vor psychischen Problemen zu schützen. Und wir fordern
878 unseren Landesvorstand und unsere Landtagsfraktion dazu auf, diese Maßnahmen zu
879 unterstützen.

Beschluss In Zeiten großer politischer Herausforderungen muss die politische Bildung in Niedersachsen weiter gestärkt werden!

Gremium: Kreisverband Diepholz

Beschlussdatum: 12.10.2023

Tagesordnungspunkt: 10. weitere Anträge

Antragstext

880 Es gilt mehr denn je aktiv zur Gestaltung einer wehrhaften Demokratie
881 beizutragen. Die Notwendigkeit der Verstärkung von sachbezogener
882 Aufklärungsarbeit im Bereich der politischen Bildung, beim Umgang mit den sog.
883 Sozialen Medien, zum Erkennen der Komplexität vieler Zusammenhänge, bei der
884 Globalisierung und zur Entwicklung von mehr Gemeinsinn/Verantwortungsübernahme
885 sowie des Zurückdrängens von Rassismus und Antisemitismus ist unbestritten und
886 auch in Niedersachsen mehr als notwendig.

887 Deshalb fordern Bündnis 90/Die Grünen Niedersachsen die Arbeit der
888 Landeszentrale für politische Bildung (LpB) zu stärken und weiter auszubauen.
889 Notwendig ist auch eine stärkere regionale Präsenz und Vernetzung. Die LpB muss
890 nahbar, ansprechbar und präsent in ihren Räumen und Häusern, in der Fläche, in
891 Schulen und der außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung sein. Die
892 Vernetzung und Kooperation mit anderen Beratungseinrichtungen wie u.a. der
893 mobilen Beratung, von Integrationsberatung usw. muss ebenfalls ausgebaut werden.
894 Dies soll der Förderung einer pluralen Bildungslandschaft dienen.

895 Die LpB soll sich zu einer Fach- und Netzwerkstelle für politische Bildung und
896 politischer Medienkompetenz entwickeln können. Ziel ist die Stärkung
897 demokratischen Verhaltens auf allen Ebenen und das Gegensteuern bei Gefahren für
898 unsere Demokratie. Flächendeckend soll ein breites Netzwerk entstehen. Hierzu
899 muss auch die Präsenz in den sozialen Medien ausgebaut werden um u.a. auch
900 besser junge Menschen erreichen zu können.

Begründung

Begründung: Die Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung hat sich bereits als zentrale Anlaufstelle für politische Bildung in Niedersachsen etabliert. Das muss ausgebaut und verstärkt werden. Kernanliegen der LpB ist eine positive Erzählung und Erfahrung von Demokratie und die Förderung einer aktiven Beteiligung am demokratischen Willensprozess. Auch steht z.B. aktuell die Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre, zunächst bei der anstehenden Europawahl an, die vorbereitet und aktiv unterstützt werden muss. Eine aktive Auseinandersetzung mit Politik, die Erfahrung von Wirkmächtigkeit, Gestalten und Mitbestimmen zu können sind Elemente einer lebendigen Demokratie, die einem autoritären Politikverständnis entgegenstehen. Im Vergleich mit den Landeszentralen der anderen Bundesländer gibt es zudem einen großen Nachholbedarf seit der Wiedergründung in Niedersachsen und eigentlich bedarf es, gerade bei Betrachtung der aktuellen politischen Lage, keiner weiteren Begründung für o.g. Ausbau. Diese kann aber gerne auf der LDK nachgeholt werden.

Beschluss Niedersachsen am Zug – Für ein starkes Bahnnetz

Gremium: LAG Mobilität und Verkehr
Beschlussdatum: 23.10.2023
Tagesordnungspunkt: 10. weitere Anträge

Antragstext

901 Die Voraussetzung einer gelungenen Verkehrswende ist ein leistungsstarkes
902 Bahnnetz. Auf diesem kann mehr Nahverkehr, mehr Fernverkehr und mehr
903 Güterverkehr gefahren werden. Die bundesweite Konzeption des Deutschlandtakts
904 berücksichtigt all diese Verkehre. Die Umsetzung dieses Plans unterstützen wir.
905 Mehr noch: Wir wollen ihn mit mehr Anmeldungen für den Nahverkehr noch besser
906 machen, sodass er für noch mehr Menschen direkte Wirkung entfaltet. leichter
907 zugänglich wird und wir das Land besser erschließen. Mit dem
908 Reaktivierungsprozess haben wir bereits einen wichtigen Schritt für mehr
909 Verkehre auf die Schiene gemacht. Damit wollen wir insbesondere die Mobilität
910 der ländlichen Räume verbessern.

911 Dies vorausgesetzt müssen notwendige Baumaßnahmen immer so landschafts- und
912 umweltschonend wie möglich geplant werden, mit zusätzlichem Lärmschutz und mit
913 möglichst sinnvollen regionalen Halten verbunden werden, um den Nutzen zu
914 maximieren und die Betroffenheiten zu minimieren. Dabei ist uns bewusst, dass
915 dies immer ein Abwägungsprozess ist und nie alle für sich berechtigten
916 Interessen vollumfänglich erfüllt werden können. Daher braucht es für diese
917 Abwägung eine frühzeitige, breite, demokratisch legitimierte, transparente
918 Bürger*innenbeteiligung.

919 Um die Schiene in Niedersachsen zu stärken fordern wir daher:

- 920 • Einen Ausbau aller Hauptstrecken auf mindestens einen 30-Minuten-Takt.
- 921 • Einen 60-Minuten-Takt für alle Regionalbahnen.
- 922 • Mehr Kapazitäten für den Schienengüterverkehr, insbesondere durch den
923 Ausbau kombinierter Verkehre.
- 924 • Die Prüfung und Einrichtung neuer Regionalverbindungen und
925 Regionalbahnhöfe.
- 926 • Den Bund und die Deutsche Bahn auf, die notwendigen Sanierungen von
927 Bahnstrecken ohne Verzögerung aufzunehmen.
- 928 • Den Bund und die Deutsche Bahn auf, die rechtssichere Vorplanungen für
929 die, für den Deutschlandtakt in Niedersachsen notwendigen, Aus- und
930 Neubauten vorzulegen und die Befassung des Bundestages einzuleiten.
- 931 • Die zeitnahe und schnelle Umsetzung der notwendigen Aus- und Neubauten.
- 932 • Wir werden die vom Bund für den Bahnverkehr vorgesehenen Mittel in voller
933 Höhe in diesen Bahnverkehr weiterleiten. Niedersachsen wird bis 2030
934 mindestens so viel Mittel in den Bahnverkehr investieren, wie es dem
935 Durchschnitt der Flächen-Bundesländer entspricht.

Beschluss Das Betteln beenden – sicher über die Straße kommen

Gremium: LAG Mobilität und Verkehr
Beschlussdatum: 23.10.2023
Tagesordnungspunkt: 10. weitere Anträge

Antragstext

936 Aktive Mobilität, wie zu Fuß gehen und Rad fahren werden in Niedersachsen immer
937 noch unnötig ausgebremst. Insbesondere sogenannte Bettelampeln bevorzugen den
938 Kraftverkehr auf der Fahrbahn zu Lasten von Fußgängerinnen und Radfahrerinnen.
939 Dabei bestehen die technischen Möglichkeiten Ampeln so zu steuern, dass sie
940 Fußgängerinnen und Radfahrerinnen ohne „Betteln“ ein sicheres Queren
941 ermöglichen.

942 Neben technischen Möglichkeiten Ampeln besser zu steuern, bieten sogenannte
943 „alternative Querungsformen“ wie z.B. Fußgängerüberwege (FGÜ, Zebrastreifen),
944 oder Schlafampeln mindestens genauso sichere Möglichkeiten eine Fahrbahn zu
945 überqueren, sind zudem deutlich günstiger in Bau und Unterhalt und bevorzugen
946 Fußgänger*innen und Radfahrer*innen gegenüber Ampeln.

947 Solche Lösungen werden durch Landesrecht erschwert oder verhindert. Das muss
948 sich ändern, damit wir die Verkehrswende auch für die schwächsten
949 Verkehrsteilnehmerinnen umsetzen möchten.

950 Wir unterstützen den ADFC Landesverband Niedersachsen der in seinem Leitantrag
951 vom 2023-09-30 die weitgehende Abschaffung von Bettelampeln gefordert hat. Mit
952 der Novellierung des StVG haben wir den Kommunen schon einen größeren Spielraum
953 gegeben Klimaschutz, Gesundheit, Städtebau und Umweltschutz zu berücksichtigen.

954 Um den Fuß- und Radverkehr das sichere Queren von Straßen zu erleichtern,
955 fordern wir:

- 956 • Nach dem Vorbild Baden-Württembergs soll das Land Fußgängerüberwege
957 leichter ermöglichen, indem es durch eigene Regeln die R-FGÜ und StVO
958 ergänzt.[\[1\]](#)
- 959 • Bettelampeln in eigener Baulast soll das Land auf Notwendigkeit überprüfen
960 und wann immer möglich Taster abbauen.
- 961 • Das Land soll mit den Kommunen und den lokalen Akteuren Bettelampeln
962 überprüfen und wo möglich durch sichere Alternativen ersetzen.
- 963 • Für alternative Querungsformen, wie Aufpflasterungen und Querungshilfen,
964 aktualisiert und erweitert das Land seine vorhandenen Regelpläne, die sie
965 den Kommunen zur Verfügung stellt.
- 966 • Das Land unterstützt die Kommunen personell und finanziell bei der
967 Umsetzung alternativer Querungsformen.

968 [\[1\]Fußgängerüberwege: Ministerium für Verkehr Baden-Württemberg \(baden-](#)
969 [wuerttemberg.de\)](#)

Beschluss Rückbesin­nung auf den Schutz der Artenvielfalt beginnend mit dem Wolf

Antragsteller*in: Jenny Bornholdt-Haack (KV Wittmund)

Tagesordnungspunkt: 10. weitere Anträge

Antragstext

971 Bundesumweltministerin Steffi Lemke hat den Bundesländern eine neue Regelung zum
972 erleichterten Abschuss von Wölfen in Regionen mit erhöhtem Rissvorkommen
973 vorgeschlagen.

974 Der Landesvorstand, die Landtagsfraktion und der Niedersächsische Umweltminister
975 werden dafür Sorge tragen, dass die von der Bundesumweltministerin Steffi Lemke
976 ermöglichte Linie klug umgesetzt wird. Dazu gehört die Rückbesin­nung auf den
977 Schutz der Artenvielfalt statt der Ausweitung von Abschussgenehmigungen oder gar
978 die Unterstützung von wolfsfreien Zonen. Der Landesvorstand, die
979 Landtagsfraktion und der Niedersächsische Umweltminister werden sich deshalb
980 weiter für den Vorrang und die bessere Förderung von Herdenschutzmaßnahmen
981 inklusive deren Errichtung einsetzen.

982 Der Niedersächsische Umweltminister wird sich in der Umweltministerkonferenz
983 Ende November dafür einsetzen, dass die Vorschläge der Bundesumweltministerin
984 sachgerecht und zügig umgesetzt werden. Dazu gehört auch bei
985 Abschussgenehmigungen wissenschaftliche Kriterien im Umgang mit den Wolf zu
986 berücksichtigen.

987 Grundsätzlich ist es notwendig, dass bei Fragen der Artenvielfalt jeweils
988 wissenschaftliche Aspekte und die Meinung von Fachleuten, populistischen und
989 kurzfristigen Lösungen vorgezogen werden. Wir setzen uns daher für mehr
990 Sachlichkeit beim Thema Wolf und Weidetierhaltung ein. Denn diese Fragen werden
991 sich demnächst auch um andere Tierarten drehen. So werden derzeit wieder in
992 Deutschland Luchse erfolgreich angesiedel. Auch hier setzen wir auf ein
993 verträgliches Managment. Abschussgenehmigungen für Luchse, Fischotter und Biber
994 lehnen wir entschieden ab.

Begründung

Wir Grüne haben uns während der Landtagswahl 2022 mit Punkt 2 im Wahlprogramm "Niedersachsens ökologischen Schatz bewahren", aber spätestens in Punkt 2.2 "Für die Artenvielfalt" pro Artenvielfalt ausgesprochen. Zu dieser Artenvielfalt gehört auch der Wolf. Insbesondere Christian Meyer hat noch 2022 als naturschutzpolitischer Sprecher der Grünen-Landtagsfraktion dafür geworben. Das derzeitige Vorgehen entspricht nicht im Ansatz den Bemühungen um Lösungen zu Zeiten als Opposition.

Diese Diskussionsschwerpunkte erschweren eine nachhaltige Lösungsfindung und den Grünen vor Ort das Werben für den Wolf und für wolfsabweisende Zäune.

Die Debatte sollte wieder mit Fakten, Zahlen und Pro-Artenvielfalt geprägt werden, und die Vorteile der Rückkehr artgeschützter Tiere, auch des Wolfes, aufzeigen.

Fakten um den Wolf:

- Abschussgenehmigung und die Forderung wolfsfreier Zonen verringern wahrscheinlich noch zusätzlich die Schwelle zu illegalen Tötungen. Rein rechtlich ist beides nicht umsetzbar.
- Durch niedersächsische Abschussgenehmigungen sind mittlerweile 7 "falsche Wölfe" getötet worden. Kein einziges Mal wurde das Tier, für welches die Abschussgenehmigung erteilt wurde, entnommen.
- Paragraph 3 Abs. 2 Nr. 3 Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung. Nutztierhalter müssen ihre Nutztiere gegen Beutegreifer schützen.
- Nutztierübergriffe durch Wölfe lassen sich durch Abschlüsse nicht nachhaltig minimieren (siehe Frankreich).
- Weiden für Jungtiere und kleine Herdentiere müssen eingezäunt werden. Das ist viel Arbeit und wird das Land weiteres Geld kosten.
- Nichtletaler Herdenschutz durch Zäune, Hunde etc. ist ein Mehraufwand, aber greift.
- Hundertprozentiger Schutz ist nicht möglich. Es wird immer wieder gerissene Schafe, Ziegen, auch Kälber und Fohlen geben.
- Der Abschuss von Elterntieren macht keinen Sinn im Rahmen des Herdenschutzes, wenn die Ernährung der Welpen und Jährlinge nicht gesichert ist. Denn dann wird es erst Recht zu Schäden bei Weidetieren kommen.

Vorteile der Rückkehr:

- die Reduzierung von Tier-Fahrzeug-Kollisionen
- Dämpfung der Übertragung von Krankheitserregern
- Reduzierung übermäßiger Pflanzenfresser und die damit verbundenen Einsparungen für Wildschutzzäunen
- Schutz des klimaresilienten Mischwaldes durch die Reduzierung des Schalenwildes

Das eventuelle Schaffen von mehr Akzeptanz durch einzelne Abschlüsse (wie nach zum Beispiel John D.C. Linnell – Norwegen), schützt die Weidetiere nicht und kann kein Argument für das derzeitige Handeln sein. Denn nach diesem Konzept sprechen wir bald noch über weitere Tiere der Roten Liste anstatt jetzt schon ein Grünes Bewusstsein für ein Zusammenleben und für die Artenvielfalt zu schaffen.

Weitere Infos zum Thema:

<https://www.bundestag.de/resource/blob/579116/ce1a658d3ab6452dbebc306ab6c3844/--wd-7-225-18-pdf-data.pdf>

<https://www.bmu.de/jugend/wissen/details/jede-art-ist-wichtig>

https://www.wolf.sachsen.de/download/Schutz_Pferde_und_Rinder_vor_grossen_Beute--greifern_LfULG_2014.pdf

<https://www.frontiersin.org/articles/10.3389/fcsc.2022.989368/full>

Greenpeace Magazin 6.23

Beschluss Demokratie wehrhaft verteidigen - grüne Innenpolitik in Zeiten des Rechtspopulismus und Rechtsextremismus

Antragsteller*in: Julian Pahlke (KV Leer/Ostfriesland)

Tagesordnungspunkt: 10. weitere Anträge

Antragstext

995 Die Suche nach Sicherheit in Krisenzeiten ist ein Leitmotiv von Menschen.
996 Sicherheit zu jeder Zeit zu garantieren, ist die Aufgabe handlungsfähiger
997 Politik. Die Krisen unserer Zeit bedrohen selbst zentrale Fundamente, auf die
998 wir uns als Gesellschaft nach den Erfahrungen von Krieg, Leid und Tod nach der
999 Shoa geeinigt
1000 haben. Der Angriffskrieg auf die Ukraine und nun der Terror der Hamas gehen auch
1001 an
1002 Niedersachsen nicht vorbei. Der Angriff auf unsere liberale Demokratie von
1003 rechtspopulistischer und rechtsextremistischer Seite und eine massive Welle
1004 antisemitischer Übergriffe sind auch in Niedersachsen verstärkt festzustellen.
1005 Es braucht darum mehr denn je eine Innenpolitik mit klarem grünem Kompass, um
1006 auf die Krisen unserer Zeit angemessen zu reagieren und das Vertrauen in unsere
1007 Demokratie zu stärken - mit gestaltungsfähiger und gestaltungswilliger Politik.

1008 Unsere liberale Demokratie ist eine historische Errungenschaft, die uns wehrhaft
1009 vor den Feind*innen der demokratischen Ordnung schützt, die auf der Würde aller
1010 Menschen gründet und deshalb auch, und gerade in Krisen, alle Menschen mitdenkt.
1011 Unsere Überzeugungen von Liberalität, Zukunftssicherheit,
1012 Menschenwürde und demokratischer Wehrhaftigkeit basieren auf einem
1013 Grundgesetz, das uns nicht nur verpflichtet, Sicherheit zu organisieren, sondern
1014 das uns hierbei auch konkret leitet. Unmissverständlich hat das
1015 Bundesverfassungsgericht mit seinem Urteil zum II. NPD Verbotsverfahren
1016 festgestellt, dass unsere freiheitliche demokratische Grundordnung ihren
1017 Ausgangspunkt in der Würde des Menschen findet (Art. 1 Abs. 1 GG), die zu achten
1018 und zu verteidigen Kern aller Politik sein muss.

1019 Wir werden in Niedersachsen die weltpolitische Lage nur sehr bedingt
1020 entscheiden. Alle globalen Krisen zur Aufgabe der politischen Aushandlung zu
1021 machen, wäre für die Menschen im Land, aber auch für die Politik
1022 unverhältnismäßig. Deshalb
1023 wollen wir uns auf das konzentrieren, was wir an verantwortungsvoller
1024 Innenpolitik für unser Bundesland gestalten können - für die, die hier leben
1025 und die, die noch zu uns kommen. Es ist unsere Aufgabe, auf den
1026 gesellschaftlichen
1027 Wandel mit weltoffener Perspektive zuzugehen. Mit einer wehrhaften, auf der
1028 Würde
1029 des Menschen basierenden Politik, die Sicherheit in Zeiten des Wandels
1030 schafft und dabei niemanden zurücklässt.

1031 Schutz vor Demokratiefeindlichkeit – für eine offene Gesellschaft!

1032 Die größte Bedrohung für die Demokratie geht vom Rechtsextremismus aus. Dabei
1033 beobachten wir seit vielen Jahren eine Entgrenzung: demokratiegefährdende,
1034 verfassungsfeindliche Einstellungen sind in Teilen der Gesellschaft verbreitet
1035 und

1036 kein Phänomen eines definierbaren Randmilieus. Doch längst verharren extrem
1037 rechte Einstellungen nicht mehr in der Passivität des eigenen Milieus, sondern
1038 organisieren und artikulieren sich immer sichtbarer. Reichsbürger*innen,
1039 völkische
1040 Siedler*innen, Querdenker*innen, die AfD – der Rechtsextremismus hat auch in
1041 Niedersachsen ein breites organisatorisches und eng vernetztes Fundament bis
1042 hinein in den niedersächsischen Landtag. Von den Parlamenten aus organisiert der
1043 Rechtsextremismus seinen Angriff auf die Demokratie. Dabei zielt rechte
1044 Ideologie bewusst auf das Zerstören von Vertrauen in Sicherheit: Während
1045 rechtsextremer Terror und rechtsextreme Netzwerke die Institutionen der
1046 Demokratie anzugreifen versuchen, bedrohen Rassismus und Menschenfeindlichkeit
1047 Menschen in ihrem Alltag und versucht der mandatierte Rechtsextremismus bei
1048 jeder Gelegenheit, das Unsicherheitsgefühl der
1049 Menschen zu adressieren.

1050 Deshalb werden wir auf allen Ebenen Demokratie wehrhaft verteidigen. Dabei geht
1051 es immer um ein Zusammenspiel von Politik, Zivilgesellschaft und
1052 Sicherheitsbehörden. Um wirksam gegen rechtsextreme Ideologien vorzugehen,
1053 stärken wir zivilgesellschaftliche Initiativen gegen Rechtspopulismus und
1054 Rechtsextremismus, den Kampf gegen Antisemitismus, wir stärken politische
1055 Bildung, die Arbeit der Gedenkstätten und wir stellen Niedersachsen
1056 rassismuskritisch auf. Dafür ist ein Landesdemokratiefördergesetz ebenso wie ein
1057 Landesantidiskriminierungsgesetz unabdingbar, für die wir uns als GRÜNE
1058 einsetzen und bereits eingesetzt haben.

1059 Ein großer Erfolg ist deshalb, dass sich Rot-Grün nun verbindlich auf den Weg
1060 macht, mit einem Landesdemokratiefördergesetz unsere Bildungsträger und die
1061 zivilgesellschaftlichen Strukturen im steten Ringen um die Demokratie auf eine
1062 verbindliche und verlässliche Grundlage zu stellen. Ein solches
1063 niedersächsisches Demokratiefördergesetz ist ein wichtiges Instrument und Signal
1064 zugleich, dass uns die von den Müttern und Vätern des Grundgesetzes in Auftrag
1065 gegebene wehrhafte Verteidigung unserer Demokratie zentrales Anliegen ist.

1066 Die niedersächsische Polizei als Partnerin im Kampf für die Demokratie

1067 Wir begreifen Polizei und Sicherheitsbehörden als Partnerinnen im Einsatz gegen
1068 die in erster Linie rechtsextreme Bedrohung unserer Demokratie, aber auch
1069 gegen den alle menschenfeindlichen Ideologien verbindenden Antisemitismus. Dies
1070 zeigt sich auch und gerade in den letzten Wochen, in der die niedersächsische
1071 Polizei mit komplexen Versammlungslagen im Zusammenhang mit dem Terror der Hamas
1072 und dem Schutz jüdischen Lebens besonders gefordert ist. Hierfür gilt der
1073 Polizei Niedersachsen unser ausdrücklicher Dank. Wir begrüßen daher nicht nur
1074 zahlreiche auf den Weg gebrachte Maßnahmen der Landesregierung zur Verbesserung
1075 von Schutz und Ausstattung der Polizei - etwa die Anhebung der Polizeizulage
1076 oder Investitionen in Ausstattung und Liegenschaften.

1077 Wir werben zugleich dafür, ein wechselseitiges Vertrauen zwischen Polizei
1078 und Zivilgesellschaft zu stärken und die guten Ansätze zur Förderung
1079 demokratischer Resilienz und Wehrhaftigkeit, aber auch die Kooperation mit der
1080 Zivilgesellschaft innerhalb der Polizei zu unterstützen. Dabei kann die
1081 niedersächsische Polizei an eine nachhaltige, strukturelle Bildungsoffensive zum
1082 Demokratieverständnis innerhalb der Polizei anknüpfen, die bundesweit einmalig
1083 ist. Es ist ein großartiges Signal, dass das Projekt "Polizeischutz für die

1084 Demokratie“ der Polizeiakademie Niedersachsen inzwischen auch in andere grün
1085 mitregierte Bundesländer exportiert wird.

1086 Zugleich erkennen wir an, dass das Verhältnis von Polizei, Sicherheitsbehörden
1087 und Gesellschaft im Einsatz gegen demokratiefeindliche Angriffe einerseits der
1088 ständigen gegenseitigen Rückversicherung bedarf und andererseits die
1089 gesellschaftlichen Anforderungen speziell an die Polizei als Repräsentantin des
1090 staatlichen Gewaltmonopols von besonderer Sensibilität sind. Das Vertrauen in
1091 die demokratischen Institutionen ist in den letzten Jahren gesunken. Das
1092 gesunkene Vertrauen in einen funktionierenden Staat trägt zur Ablehnung von
1093 demokratischen Grundsätzen und damit auch zur Ablehnung des staatlichen
1094 Gewaltmonopols bei. Unsere Beamt*innen erleben das in ihrer täglichen Arbeit
1095 durch Hass und Gewaltandrohungen. Wir verurteilen diese Angriffe auf das
1096 Schärfste und arbeiten als rot-grüne Koalition politisch mit Hochdruck daran,
1097 hier mit einem breiten Ansatz entschieden gegenzusteuern.

1098
1099 Zudem wollen wir in unserem gemeinsamen Einsatz gegen jegliche
1100 Demokratiefeindlichkeit, gegen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus für eine
1101 „Vertrauensoffensive“ zur Stärkung unserer Polizei und unserer Demokratie
1102 werben.

1103 Das bedeutet für uns, dass es zukünftig eine parlamentarisch bestellte
1104 Bürger*innenbeauftragte auf Landesebene braucht, die das partnerschaftliche
1105 Verhältnis zwischen Bürger*innenschaft, Verwaltung und Polizei stärkt. Diese
1106 Position soll eine starke interne und externe Wirkung entfalten. Sie soll in
1107 ihrer externen Wirkung das Vertrauen der Menschen in Niedersachsen auf
1108 Transparenz, auf Schutz und auf
1109 die individuelle Wahrung ihrer Rechte erhöhen. In ihrer internen Wirkung soll
1110 sie den Mitarbeitenden in der Verwaltung und in der Polizei den Raum geben,
1111 Aufmerksamkeit und Gehör zu erhalten. Das schafft nicht nur Vertrauen und Schutz
1112 für alle
1113 Beteiligten. Sondern hilft, das zeigen die Erfahrungen aus vielen anderen
1114 Bundesländern, über kommunikatives Konfliktmanagement auch Vertrauen in
1115 Handlungen und Verfahren zu stärken.

1116 Wir setzen uns weiterhin für eine wissenschaftlich begleitete und zu
1117 evaluierende, anonymisierte Kennzeichnungspflicht in geschlossenen Einsätzen
1118 ein. Die zweifelsfreie Nachvollziehbarkeit staatlichen Handelns ist ein
1119 zentrales Gut in einer auf Gewaltenteilung basierenden Demokratie. Eine
1120 Kennzeichnung ist daher im Interesse aller Beteiligten, um Konfliktsituationen
1121 rekonstruieren und einschätzen zu können. Gleichzeitig erkennen wir auch das
1122 individuelle Schutzbedürfnis der privaten Lebensführung unserer
1123 niedersächsischen Polizeivollzugsbeamt*innen an. Daher fordern wir ergänzend und
1124 in Kombination zur Kennzeichnungspflicht die Möglichkeit einer Auskunftssperre
1125 (Einwohnermeldeämter, Zulassungsstellen), um auch diesen schutzwürdigen
1126 Interessen der mitarbeitenden in der niedersächsischen Polizei Rechnung zu
1127 tragen. Eine Debatte, die wir gern öffnen sollten für alle Menschen, die sich
1128 unter hohem persönlichen Einsatz und Risiko gegen rechte Menschenfeinde
1129 engagieren.

1130 Es steht für uns als Grüne außer Frage, dass die niedersächsische Polizei seit
1131 den wegweisenden rot-grünen Reformen der neunziger Jahre als Bürger*innenpolizei
1132 auf einem bundesweit ausstrahlenden guten Weg ist, den wir politisch weiter

1133 unterstützen und gleichzeitig den heutigen hohen Ansprüchen an polizeiliche
1134 Ausbildung einerseits und an polizeiliches Handeln andererseits gerecht werden
1135 müssen. Wir wollen Polizei und Sicherheitsbehörden beständig darin
1136 unterstützen, den aktuellen rassistischen, menschenfeindlichen und
1137 antisemitischen Entgrenzungen jederzeit auf Augenhöhe aktuellster
1138 wissenschaftlicher Expertise begegnen zu können. Zugleich bekennen wir uns zu
1139 einer modernen, digital ausgerüsteten und im bundesweiten Vergleich gut
1140 ausgestatteten sowie wettbewerbsfähigen Polizei. Zu einer Polizei, die
1141 integraler Bestandteil eines pluralen und offenen
1142 Niedersachsens ist. Hier sind wir als rot-grüne Koalition mit der Stärkung von
1143 Demokratiepät:innen in der Polizei auf der einen und einer deutlichen Anhebung
1144 der Polizeizulage auf der anderen Seite auf einem sehr guten Weg.

1145 Wir stellen uns unmissverständlich und offensiv an die Seite des Oldenburger
1146 Polizeipräsidenten Johann Kühme, die niedersächsische Polizeiführung und des
1147 Verfassungsschutzes, die in ihren Positionierungen gegenüber der AfD die
1148 Verteidigung der Werte des Grundgesetzes klar den Vorzug geben vor einer
1149 falschen Neutralität gegenüber Feind*innen unserer Verfassung. Und wir stellen
1150 uns ebenso unmissverständlich und offensiv an die Seite all jener
1151 Demokratiepät*innen, die innerhalb der Organisation Polizei die Demokratie
1152 stärken. Wir stellen uns an die Seite aller Polizist*innen, die Tag für Tag als
1153 direkte Ansprechpartner*innen vor Ort unsere wehrhafte Demokratie verteidigen
1154 und repräsentieren.

1155 Gemeinsam gegen Antisemitismus und für den Schutz jüdischen Lebens

1156 Als Bündnisgrüne ist uns die historische Verantwortung der Bundesrepublik und
1157 des Landes Niedersachsen für den Schutz jüdischen Lebens in unserem Bundesland
1158 eine zutiefst verankerte Verpflichtung. Umso mehr erschüttert uns der Angriff
1159 der Terrororganisation Hamas auf die israelische Bevölkerung und der Versuch,
1160 die Menschen im Gazastreifen zu Geiseln in einem barbarischen Krieg zu machen.
1161 Die Auswirkungen für die Zivilbevölkerung sind dramatisch. Humanitäre Hilfe ist
1162 dringend notwendig.
1163 Mit nicht minder großer Erschütterung nehmen wir wahr, wie sehr sich der Terror
1164 der Hamas auch hierzulande in antisemitischem Hass äußert. Wir verurteilen jede
1165 Form von Antisemitismus, der zum Kern aller menschenfeindlichen Ideologien
1166 gehört.

1167 “Der Antisemitismus”, so Theodor W. Adorno in Minima Moralia, “ist das Gerücht
1168 über die Juden.“ Vor dem Hintergrund dieser grundlegenden Minimaldefinition
1169 ergibt sich der Auftrag, Initiativen im Kampf gegen den Antisemitismus ebenso
1170 weiter zu stärken, wie die Förderung von Bildungsarbeit gegen Antisemitismus
1171 weiter auszubauen. Das bedeutet auch, dass wir das wichtige Amt des
1172 Niedersächsischer Landesbeauftragten gegen Antisemitismus und für den Schutz
1173 jüdischen Lebens weiter stärken müssen. War Niedersachsen 2019 das erste
1174 deutsche Bundesland, das einen Landesbeauftragten bestellt hat und diesen
1175 seither mit Sachmitteln und Personal unterstützt, sind wir der Meinung, dass aus
1176 dem Ehrenamt mittelfristig ein - weiterhin unabhängig geführtes - Hauptamt
1177 werden sollte.

1178 Der Angriff der Hamas und die sich weltweit entladende, ungehemmte Wut auf
1179 Jüdinnen und Juden, erfasst selbst junge Menschen weit weg vom Kriegsgeschehen.
1180 Dies zeigt uns, wie notwendig es ist, im Alltag und in der Schule über

1181 Antisemitismus aufzuklären und das Existenzrecht Israels gegen jede
1182 Relativierung ins Zentrum politischer Bildung zu stellen. Ausdrücklich
1183 unterstützen wir die die Fortführung und Stärkung der Maßnahmen zur
1184 Antisemitismusprävention, die zügige Bereitstellung von Material zum Themenfeld
1185 Antisemitismus für Schulen über das Bildungsportal Niedersachsen, ebenso die
1186 Vorgabe an Staatsanwaltschaften, dass Verfahren wegen antisemitischer Straftaten
1187 grundsätzlich nicht mehr wegen Geringfügigkeit oder gegen Geldauflage
1188 eingestellt werden sollen. Damit wird eine wichtige Forderung des rot-grünen
1189 Koalitionsvertrages umgesetzt.

1190 Mit großer Sorge stellen wir nicht zuletzt fest, dass die Welle antisemitischer
1191 Äußerungen, Aufmärsche und Übergriffe politisch dafür genutzt wird, um
1192 Ressentiments gegen Muslim*innen zu schüren und so zu tun, als sei der
1193 Antisemitismus immer nur der "Antisemitismus der anderen". Im Wissen um
1194 verbreitete antisemitische Einstellungsmuster in der bundesrepublikanischen
1195 Gesamtbevölkerung stellen wir uns entschieden gegen jegliche qualitative
1196 Unterscheidung von Antisemitismus. In Zeiten, in denen selbst höchste Vertreter
1197 der bayrischen Staatsregierung antisemitische Relativierungen zum eigenen
1198 Vorteil zu nutzen versuchen, verwahren wir uns deutlich gegen den historisch
1199 falschen Versuch, Antisemitismus einseitig als Problem einer
1200 Einwanderungsgesellschaft zu begreifen. Gleichzeitig erwarten wir eine klare
1201 Abgrenzung aller muslimischer Verbände von den Gräueltaten der Hamas, wie sie
1202 vielerorts bereits geschehen ist.

1203 Wir begrüßen daher ausdrücklich das versöhnende Engagement des Landesverbands
1204 der Jüdischen Gemeinden in Niedersachsen und der palästinensischen Gemeinde
1205 Hannover als Vorbild für das friedliche Zusammenleben aller Menschen.

1206 Wir müssen über ein Parteiverbotsverfahren sprechen

1207 Die Entscheidung über ein Parteiverbot obliegt vorbehaltlich eines
1208 einzuleitenden Parteiverbotsverfahrens beim Bundesverfassungsgericht. Das
1209 zugehörige Verfahren folgt den Regelungen des Grundgesetzes. Nach Art. 21 Abs. 2
1210 Grundgesetz (GG) sind dann Parteien verfassungswidrig, wenn sie nach ihren
1211 Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitliche
1212 demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den
1213 Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden. Im II. NPD-Verbotsverfahren
1214 hat das Bundesverfassungsgericht konkretisiert, was unter freiheitlich-
1215 demokratischer Grundordnung gemeint ist: Demnach findet die freiheitliche
1216 demokratische Grundordnung ihren Ausgang in der Würde des Menschen (Art. 1 Abs.
1217 1 GG). Auf rassistische Diskriminierung zielende Konzepte sind damit nicht
1218 vereinbar, so das Bundesverfassungsgericht in seinem Richterspruch aus dem Jahr
1219 2017. Damit liegt auf der Hand, dass alle demokratischen Parteien prüfen müssen,
1220 ob sie ein solches Verbotsverfahren in Gang gesetzt wird. Denn antragsberechtigt
1221 sind, neben der Bundesregierung, der Bundestag und der Bundesrat. Die politische
1222 Debatte dazu ist in vollem Gange und ausweislich des Karlsruher Richterspruchs
1223 und der Gestalt der AfD führen wir als Grüne diese Debatte zielorientiert mit
1224 der gebotenen Sachlichkeit, Genauigkeit und Dringlichkeit.

1225 Vor diesem Hintergrund bitten wir den Parteirat, in Abstimmung mit der grünen
1226 Rechtsextremismuskommision im Bund, die Debatte über die Frage der Einleitung
1227 eines AfD-Verbotsverfahrens aufzugreifen und in Abstimmung mit anderen grünen
1228 Landesverbänden mögliche Konsequenzen zu diskutieren.

Begründung

Gemeinsam mit Michael Lühmann, MdL und innenpolitischer Sprecher der grünen Landtagsfraktion, möchten wir für eine Sicherheit des einzelnen Menschen in unserem Bundesland eintreten.

Die Scheindebatten der letzten Wochen entblößen das Scheitern konservativer Flucht, Migrations- und Sicherheitspolitik. Mit wirkungslosen Vorschlägen ist keiner Kommune und keinem gefährdeten Menschen geholfen. Stattdessen setzen wir uns für praktische und realistische Antworten ein.

Rechtsextreme nutzen Stimmungen in der Gesellschaft aus, um Hass und Hetze tiefer einsickern zu lassen. Im Kampf gegen Rassismus, Antisemitismus und Demokratiefeindlichkeit müssen wir Vertrauen in unsere Sicherheitsbehörden stärken.

Es ist unsere Aufgabe, dem gesellschaftlichen Wandel eine weltoffene Perspektive zu geben. Die einer wehrhaften, auf der Würde des Menschen basierenden Politik, die Sicherheit in Zeiten des Wandels organisiert.

Und dabei niemanden zurück lässt.

Unterstützer*innen

Michael Lühmann (KV Göttingen); Karoline Otte (KV Northeim/Einbeck); Filiz Polat (KV Osnabrück-Land); Susanne Stobbe (KV Göttingen); Pippa Schneider (KV Göttingen); Dirk-Claas Ulrich (KV Göttingen); Katrin Langensiepen (KV Hannover); Nils Pagels (KV Göttingen); Marie Kollenrott (KV Göttingen); Meta Janßen-Kucz (KV Leer/Ostfriesland); Djenabou Diallo Hartmann (KV Hannover); Julian Meinders (KV Leer/Ostfriesland); Marcus Stieger (KV Leer/Ostfriesland); Chuck Nießit (KV Leer/Ostfriesland); Klaudia Maria Hanisch (KV Göttingen); Luca Theresa Wirkus (LV Grüne Jugend NdS); Elsa Crowther (KV Göttingen); Swantje Henrike Michaelsen (KV Hannover); Nienke Cornelia Roza (LV Grüne Jugend NdS); Philipp Tengler (KV Leer/Ostfriesland); Christian Meyer (KV Holzminden); Hagen Langosch (KV Hameln-Pyrmont); Yvonne Marchewitz (KV Hannover); Ghalia El Boustami (KV Wolfenbüttel); Monica Manon Sandhas (KV Hannover); Hendrik Weking (KV Braunschweig)

Beschluss Bürokratieabbau in der Städtebauförderung – damit Städte und Orte wieder atmen können

Antragsteller*in: Leonhard Pröttel (KV Wolfenbüttel)

Tagesordnungspunkt: 10. weitere Anträge

Antragstext

1228 Die Städtebauförderung ist das zentrale Steuerungsinstrument, mit dessen Hilfe
1229 wir unsere Städte und Orte pflegen, gestalten und deren Lebensqualität erhöhen -
1230 sozial, wirtschaftlich, energetisch und kulturell. Wir haben es mit ihr
1231 geschafft, dass unsere Stadt- und Ortskerne noch typisch norddeutsch charmant
1232 aussehen. Wir haben soziale Herausforderungen gemeistert, indem wir gezielt dort
1233 investiert haben, wo soziale Probleme geballt waren, wo man lange weggesehen und
1234 die Stadtteile sich selbst überlassen hat. Wir haben gezielt investiert, um das
1235 Gemeinwesen zu stärken, um Energie zu sparen und das Klima zu schützen. Und wir
1236 gehen mit der Städtebauförderung auch neue Aufgaben an, wie die Integration von
1237 Geflüchteten in den Arbeitsmarkt und unsere Gesellschaft. Die Städtebauförderung
1238 ist ein Erfolg.

1239 Jedoch kann man nicht davon sprechen, dass die Mittel tatsächlich in unsere
1240 Städte und Orte „fließen“. Der Alltag der Städtebauförderung ist durch eine
1241 überbordende Bürokratie und große Risiken für Kommunen und Menschen geprägt.

1242 Den Kommunen wird ein Dickicht aus Regularien aufgebürdet, welches sie nur mit
1243 Mühe managen können. Zudem tragen sie letztlich die Verantwortung für die
1244 sachgerechte Verwendung der Mittel. Niedersachsen erschwert es den Kommunen
1245 dabei dadurch, dass es für die gleichen Maßnahmen verschiedene Akteure (Ämter
1246 für regionale Landesentwicklung sowie NBank) beteiligt, statt die Verantwortung
1247 bei einer Institution zu bündeln. Andere Bundesländer machen es den Kommunen
1248 einfacher, indem sie Ansprechpartnerinnen und Verantwortung bündeln.

1249 Die Menschen in Städten und Orten können sich nicht auf zugesagte Mittel
1250 verlassen. Anders als bei anderen Fördermittelgeberinnen gleichen die
1251 Förderverträge in der Städtebauförderung teilweise unverbindlichen
1252 Absichtserklärungen. Privatmenschen, die mit viel Engagement für sie
1253 unwirtschaftliche Projekte anfangen, erhalten nicht die Finanzierungssicherheit,
1254 die zur Durchführung derartiger Projekte notwendig wäre. Sie verlassen sich auf
1255 die Kommune, die aber nur im zeitlichen Rahmen eines Jahres und nur mit Blick
1256 auf ein jeweils kleines Fördergebiet agieren darf und alles immer wieder mit dem
1257 Fördermittelgeberinnen abstimmen muss.

1258 Wir müssen unsere Städte umbauen: lebendig, klimagerecht und wirtschaftlich
1259 stark. Damit uns das gelingt, müssen wir schneller werden, unsere begrenzten
1260 Mittel gezielter einsetzen und die Menschen vor Ort besser einbinden und
1261 mitnehmen. Daher beschließen wir:

- 1262 • Die Ansprechpartnerinnen für die Kommunen sollen an einer Stelle
1263 zusammengeführt werden. Idealerweise in den Regionen. Weil Kommunen davon
1264 entlastet werden, sollen zwischen N-Bank, Amt für regionale
1265 Landesentwicklung, Wirtschaftsministerium und sonstigen Beteiligten die
1266 Abstimmungen über Formalitäten gebündelt werden, um für die Kommunen eine

- 1267 zuständige Ansprechpartnerin zu haben und sie so von Bürokratie zu
1268 entlasten.
- 1269 • Kommunen sollen die zugesagten Mittel verlässlich einplanen dürfen. Eine
1270 sich jährlich verändernde Zuweisung an Einzelprojekte ist ungeeignet, um
1271 Projekte mit Planungszeiträumen von Jahren zu managen. An ihre Stelle
1272 sollen langfristige Förderzusagen treten, die auf mehrere Jahre hinaus
1273 feste Budgets garantieren und Kommunen und lokalen Akteuren
1274 Verlässlichkeit für ihre Projekte bieten.
- 1275 • Kommunen sollen die zugesagten Mittel flexibel einsetzen dürfen. Vor Ort
1276 weiß man besser, welche Maßnahme gerade gefördert werden muss und welche
1277 noch warten kann. Das gilt auch für die Verschiebung von Mitteln zwischen
1278 einzelnen Fördergebieten, wenn ansonsten Mittel unverwendet brach liegen
1279 würden und andernorts gebraucht werden.
- 1280 • Die Städtebauförderung soll Baukostensteigerungen berücksichtigen. Gerade
1281 in Zeiten hoher Inflation sind fixe Obergrenzen kein probates Mittel
1282 Projekte zu steuern. Sie dienen nur dazu den Kommunen Mittel durch die
1283 Hintertür zu kürzen. Die Kommunen sollen im Gegenzug für eine höhere
1284 Kostensicherheit bei kommunalen Projekten sorgen, indem sie Projekte bis
1285 zur Ausführungsreife planen dürfen und grundsätzlich auch sollen.
- 1286 • Der Bestandserhalt, der Einsatz von rezyklierten Baustoffen und die
1287 Verwendung von klimaschonenden Baustoffen und -Technologien soll wo
1288 möglich Grundlage der Städtebauförderung werden, wo diese in Gebäude und
1289 Anlagen investiert.
- 1290 • Wo möglich soll die Kofinanzierung durch andere Fördermittelgeber
1291 erleichtert werden, um über die kommunalen Ziele hinaus agieren zu können.
- 1292 • Im Rahmen der Städtebauförderung sollen kommunale Entwicklungsfonds
1293 gefördert werden, welche den Zwischenerwerb von Grundstücken erleichtern
1294 sollen, wenn diese z.B. für die städtebauliche Neuordnung benötigt werden.
- 1295 • Mit den genannten Maßnahmen können und sollen die Kommunen ihre
1296 Sanierungsziele schneller erreichen. Ihre Ziele sollen sie in der Regel in
1297 8 statt 10-15 Jahren zu mindestens 85% erreichen. Ihre Ziele legen sie im
1298 Vorfeld gemeinsam mit dem Fördermittelgeber fest.
- 1299 Dieser Antrag basiert auf 10 Jahren Arbeit in der Städtebauförderung. In dieser
1300 Zeit wurde vielfach der Wunsch geäußert, dass die Rahmenbedingungen sich für die
1301 Kommunen verbessern müssen. Dieser Antrag basiert auch auf Erfahrungen aus
1302 anderen Bundesländern, die unbürokratischer als in Niedersachsen ihre Städte und
1303 Orte lebenswerter machen.

Unterstützer*innen

Bettina Deutmoser (KV Stade); Miriam-Susan Gäbler (KV Hannover); Felix Bach (KV Braunschweig);
Jan Frederik Wienken (KV Braunschweig); Ulrike Siemens (KV Wolfenbüttel); Fabian Degen (KV Goslar);
Sascha Poser (KV Wolfenbüttel); Sabine Kluth (KV Braunschweig); Nico Söhnel (KV Wolfenbüttel);

Stefan Brix (KV Wolfenbüttel); Philip Günther (KV Hannover); Klaus Habermann-Nieße (KV Hannover); Brigitte Nieße (KV Hannover); Christoph Deiler (KV Braunschweig); Jens Krumsieck (KV Braunschweig); Frank Schröter (KV Braunschweig); Tamina Jacqueline Reinecke (KV Helmstedt); Émilie Rothe (KV Braunschweig); Leonore Köhler (KV Braunschweig); Claudia Wilke (KV Peine); Almut Mackensen (KV Göttingen); Tobias Franz (KV Braunschweig); Careen Weking (KV Braunschweig); Cristina Antonelli-Ngameni (KV Braunschweig)